

Anrede,

bei der Rückbetrachtung auf das Jahr 2010 fällt einem im Zusammenhang mit dem Begriff des Jahres – Wutbürger – sofort das Projekt Stuttgart 21 ein. Die Lehre aus diesem Projekt ist, langjährige Planungen und rechtlich einwandfreie Verfahren zu verkürzen. Auch wenn die Bürgerproteste trotz Schlichtung weitergehen, so erscheint doch eine Bürgerbeteiligung in einer frühen Phase als Ergänzung unseres demokratischen Prozesses sinnvoll.

Der Aufreger des Jahres war die Integrationsdebatte von Thilo Sarrazin. Er hat sicher in manchen Ansichten nicht den richtigen Ton getroffen und manche Dinge sind auch untragbar formuliert, aber man darf dankbar sein, dass das Thema überhaupt debattiert wird, wenn auch sehr, sehr spät. Im Fazit bleibt festzuhalten, dass die Integration ausländischer Mitbürger wichtig ist. Integrationswillige Muslime, die sich in unserem christlich geprägten Land wohl fühlen, sind uns herzlich willkommen.

Aufregend war auch die Euro- und Wirtschaftskrise. Obwohl die Wirtschaftskrise bei den meisten gar nicht angekommen ist. Der gerade herbei geredete Aufschwung (die Presse spricht gar vom XXL-Aufschwung) ist aber auch bei den meisten nicht angekommen. Fakt ist, dass die Arbeitslosigkeit sinkt und die Wirtschaft wächst. In Wirtschaftskreisen spricht man gar von „fetten Jahren“ für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Es bleibt abzuwarten, wie es mit der Stabilität des Euro weiter geht. Europa befindet sich im Spannungsfeld sich unterschiedlich entwickelnder nationaler Wirtschaft (Beispiel: G/SP/IRL). Über eins müssen wir uns im Klaren sein. Deutschland muss für die Währungsstabilität in Europa zahlen, damit die Währungsunion weiterhin Bestand hat, alles andere wäre für die Weltwirtschaft fatal.

Der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes hat die wirtschaftliche Situation der Kommunen wie folgt formuliert: „Der wirtschaftliche Aufschwung kommt in den Kassen der Kommunen nicht an“. Unser eigener kommunaler Spitzenverband hier in Rheinland-Pfalz sieht die Gemeinden am Rande der Leistungs-

fähigkeit. Dass das nicht übertrieben ist, sieht jedermann u.a. am aktuellen Zustand der Gemeindestraßen. So schlecht sahen die noch nie aus.

Ich kann mich nur der Forderung der Spitzenverbände nach einer Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung anschließen. Dabei wäre es auch wichtig, den jeweiligen Gebietskörperschaften (also den Landkreisen und Verbandsgemeinden) ein selbständig gestaltbares Einnahmesystem zu geben, um von diesen leidigen Umlageerhebungen wegzukommen. Ich erlaube mir an dieser Stelle den Hinweis, dass unsere VG in den letzten Jahren die VG-Umlage kontinuierlich um fast 7 % gesenkt hat und damit zumindest einen kleinen Beitrag zur Verbesserung der Finanzen unserer Ortsgemeinden geleistet hat.

Derzeit haben die Kommunen dramatisch wachsende Kassenkredite zur Bewältigung des Tagesgeschäftes aufgehäuft. Auch die langfristige Verschuldung von Kommunen ist beängstigend. Beispiel: Stadt LU mit rund einer Milliarde verschuldet.

Nunmehr droht eine zusätzliche Belastung der Kommunen in Form der neuen sog. „Basel III – Kapitalregeln“. Dies bedeutet, dass Kommunen nicht mehr unbegrenzt Kredite erhalten und entsprechend ihrer Eigenkapitalsituation mit schlechteren Kreditkonditionen rechnen müssen.

Auch die demographische Entwicklung müssen wir weiter im Auge behalten. Dabei macht mir besonders die Altersgruppe der 20 bis 40-jährigen Sorge. In den letzten zwölf Jahren ist diese Altersgruppe in unserer Verbandsgemeinde um ca. ein Drittel geschrumpft. In Weisenheim am Berg sogar um über die Hälfte. Was ein Rückgang dieser Gruppe für die Entwicklung der Kinderzahl bedeutet, muss ich nicht betonen. Weniger Einwohner im Erwerbsalter bedeuten aber auch weniger Steuereinnahmen bei weitgehend gleichen Kosten.

Vor diesem Hintergrund wird uns in den nächsten Jahren der Begriff der Schuldenbremse begleiten. Auch auf der kommunalen Ebene ging es bisher nur verein-

zelt um Einsparungen. Nunmehr kommt ein vom Land vorgegebener kommunaler Entschuldungsfonds auf uns zu. Kommunen, die daran teilnehmen wollen und Entlastung erhalten sollen, werden erhebliche Leistungseinschnitte vornehmen müssen.

Die Verbandsgemeinde Freinsheim konzentriert sich bei ihren investiven Ausgaben schwerpunktmäßig auf den Schul- und Kindergarten-Bereich. Auch 2011 hat die Sanierung der Hermann-Sinsheimer-Grundschule in Freinsheim höchste Priorität. Die letzten Arbeiten werden in Form der Schulhofsanierung abgeschlossen. Für den Schulhof an der Grundschule in Kallstadt werden die Ausbauplanungen vorangetrieben.

Die Verbandsgemeinde Freinsheim ist in weiten Teilen bereits kinder- und familienfreundlich. Unser Angebot in Verbandsgemeinde-Kindertagesstätten wurde auch 2010 weiter ausgebaut. So haben wir derzeit 155 Ganztagsplätze, 176 Teilzeitplätze und 45 Hortplätze zur Verfügung. Wir bieten jetzt allein 54 Plätze für 2-jährige im Teilzeit- bzw. Ganztagsbereich an. Das Angebot an Krippenplätzen soll weiter ausgebaut werden.

Man kann ja zu einem Thema wie dem Neubau einer Kindertagesstätte in Herxheim durchaus unterschiedlicher Meinung sein, aber man sollte an einmal gefassten Beschlüssen festhalten. Es ist sicher legitim bei sich verändernden politischen Mehrheiten alte Beschlüsse aufzuheben oder zu verändern. Aber – wie im VGR in Sachen KITA Herxheim geschehen – ohne dass sich die Mehrheitsverhältnisse verändert haben, einfach einen rechtmäßig, demokratisch und mit eindeutiger Mehrheit im Frühjahr 2010 zustande gekommenen Beschluss aufzuheben, das bedeutet ein Stück Verlässlichkeit auf gefasste Ratsbeschlüsse aufzugeben und damit Vertrauen der Bevölkerung zu verspielen. Man fragt sich – warum eigentlich – den Beschluss vom Frühjahr haben doch die gleichen Leute gefasst. Die Beantwortung dieser Frage überlasse ich Ihrer Phantasie.

Ich hätte mir bei allem Verständnis für rein betriebswirtschaftliche Argumente gleichwohl aus Gründen der Gleichbehandlung und der Entwicklungschancen den Neubau einer KITA in Herxheim am Berg gewünscht. Ich bin gespannt, ob wir

auch in anderen Aufgabenfeldern wie z.B. dem Feuerwehrwesen künftig nur noch nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten investieren. Das wird eine spannende Diskussion.

Unstrittig ist der Tourismus eine wichtige Säule der Wirtschaftskraft in unserer Verbandsgemeinde. Die Branche ist recht stabil durch die Wirtschaftskrise gekommen. 2010 war im Tourismus ein durchweg gutes Jahr.

Die Ausgaben unserer Übernachtungsgäste belaufen sich auf der Grundlage fachbezogener Untersuchungen auf ca. 14 Mio. € jährlich. Hinzu kommen einige Mio. € der Tagestouristen. Man darf auch diese Einnahmen, die sich deutlich im zweistelligen Millionenbereich bewegen, für die wirtschaftliche Stabilität der Region nicht unterschätzen. Allerdings wächst der Tagestourismus stellenweise sehr stark. Daraus resultieren zum Teil erhebliche Verkehrsprobleme. Auch Beschwerden über den Lärm bei Festen und über Vandalismus nehmen zu. Unsere Urlaubsregion hat durch viele neue Feste eine hohe Attraktivität. Gleichwohl gilt es für die Zukunft, das Niveau oben zu halten bzw. weiter zu verbessern.

Trend zum Urlaub in Deutschland wird sich nach Einschätzung des Deutschen Tourismusverbandes in 2011 weiter verstärken. Wir haben neue, attraktive Hotelkapazitäten in 2010 und auch in 2011 wird in diesem Bereich investiert. Das bedeutet auch mehr Arbeitsplätze vor Ort.

Alle Meteorologen warnen vor der Klimaveränderung. Wir haben ungewöhnliches Wetter ja gerade erst erlebt. Umso wichtiger ist es, den Hochwasserschutz im Erpolzheimer Bruch jetzt endlich umsetzen. Das darf nicht zur unendlichen Geschichte geraten.

Ich hoffe nicht, dass einige Leute die Deponieproblematik jetzt vorschieben, um das Hochwasserschutzprojekt zu torpedieren. Das wäre unverantwortlich gegenüber den durch Hochwasser bedrohten Hausbesitzern.

Jetzt holt uns das mangelnde Umweltbewusstsein unserer Vorgängergenerationen ein. Den Müll einfach in eine Kuhle rein und dann Erde drauf und fertig. Fast bin ich geneigt eine Parallele zur Kernkraft zu ziehen.

Die Deponien am Bruchhübel und nicht nur die BASF-Deponie müssen saniert werden. Es ist mir nicht klar, wieso die zuständigen Behörden da so lange zugesehen haben. Wenn Sie irgendwo einen Verkehrsunfall mit Ölaustritt haben, dann muss das richtigerweise sofort beseitigt werden. Da käme niemand auf die Idee erst einmal zu prüfen, welche Bestandteile denn im Öl sind, um dann einen langfristigen Sanierungsplan zu machen.

Die Verbandsgemeinde ist zwar für den Straßenbau nicht direkt zuständig, gleichwohl gibt es auch in diesem Bereich zahlreiche Forderungen und Wünsche.

Meine bereits in den vergangenen Jahren geäußerten Befürchtungen hinsichtlich der Bundesstraße 271 haben sich nun bewahrheitet. Nämlich dass es vorläufig nicht zum Bau kommt. Die Bundesregierung hat vor wenigen Tagen mitgeteilt, dass die Maßnahme (Abschnitt Nord/Kirchheim) im Augenblick nicht zu finanzieren ist. Der Bundeshaushalt sei derzeit so stark belastet, dass es kaum Spielraum gebe, neue Projekte anzugehen. Das wurde im Gespräch mit MdB Schindler allerdings relativiert. Wir werden sehen.

Es ist fast müßig einen zügigen Abschluss der Planungen für die B271 im Südbereich zu verlangen. Auch hier wird zeitlich geschoben.

Die Tunnellösung für Herxheim war eine von vielen guten Ideen, aber auch hier wollte jeder den Tunnel möglichst weit zum Nachbarn schieben. Einigkeit hätte man auch mit dieser unrealisierbaren Planung letztendlich kaum erreicht.

Hinsichtlich der Ortsumgehung von Herxheim mag ich schon kaum noch Wünsche nennen. Die finanziellen Probleme des Bundes werden in den nächsten Jahren zu Prioritätsänderungen führen. Dies deutet sich schon heute an.

Ich fühle mich auch in Sachen Westumfahrung für Freinsheim bestätigt. Freinsheim muss die Verkehrsprobleme auf der Westseite nunmehr mit Unterstützung des Landes selbst lösen. Die Trasse im nördlichen Abschnitt gehört vorangetrieben. Die Stadt kann sich glücklich schätzen, dass das Gelände im südlichen Bereich bereits gekauft wurde. Aber die Zeit läuft uns davon.

Zu einer Lösung der Verkehrsprobleme in der Verbandsgemeinde gehört selbstverständlich auch die seit längerer Zeit in Planung befindliche Nordumgehung für Weisenheim am Sand. Wer die Verkehrsprobleme auf der Ost-/Westtrasse L522 kennt, stimmt mir zu: Die Nordumgehung darf auf keinen Fall ersatzlos gestrichen werden! Den Vogelschutz als Hinderungsgrund vorzuschieben, widerspricht den seinerzeitigen Beteuerungen des Umweltministeriums, dass man alle Planungen ausgleichen könne. Ich habe mich bereits in dieser Sache um einen Gesprächstermin mit Verkehrsminister Hering bemüht und hoffe, dass wir die Planung doch weiter vorantreiben können. Die Herren Abgeordneten Eymael, Geis und Dr. Mittrücker bitte ich nachdrücklich um Unterstützung dieses Vorhabens.

Wenn ich die Herren Abgeordneten sehe, denke ich an das Superwahljahr 2011 – 7 LT-Wahlen liegen vor den Deutschen – ich bin gespannt, ob sich politische Landschaft und damit die politische Arithmetik verändern und welche Auswirkungen sich daraus ergeben. Das ist sicher nicht das Einzige, was 2011 spannend wird.

Gespannt war ich auch auf die Ergebnisse der Prüfung unserer VG-Verwaltung seitens des Gemeindeprüfungsamtes der Kreisverwaltung. 2010 hat man uns ausführlich geprüft. Dabei ist im Tenor – nicht zuletzt im Vergleich zu anderen Kommunalverwaltungen – festgestellt worden, dass bei uns gut und weitgehend fehlerfrei gearbeitet wird. Eine ähnlich gute Bescheinigung haben wir für den Bereich der VG-Werke von unseren Wirtschaftsprüfern erhalten.

Dabei darf ich hinzufügen, dass sich die Qualität der Arbeit meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen Bereichen trotz zahlreicher neuer Herausforderungen und zusätzlicher Aufgaben in den letzten Jahren kontinuierlich gesteigert hat. Da-

her gilt mein besonderer Dank den engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verbandsgemeinde. Ich bin stolz auf unser Team.

Mein Dank gilt auch dem jetzigen Beigeordnetenteam mit Elke Schanzenbächer, Ronald Becker und Fritz Hofmann. Die Genannten waren gerade im Jahr 2010 in besonderer Weise terminlich gefordert.

Allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich während des Jahres in ihrem Beruf oder ehrenamtlich für unser Gemeinwesen engagiert haben, spreche ich hiermit Dank und Anerkennung aus. Stellvertretend danke ich besonders den Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr. Einer der sich über einen sehr langen Zeitraum, nämlich 25 Jahre dort engagiert, gilt es heute auszuzeichnen. Dem Dackenheim Wehrführer Axel Hempel darf ich namens unseres Innenministers Karl-Peter Bruch mit der Ehrenurkunde und den entsprechenden Ehrenzeichen auszeichnen.

Namens des Verbandsgemeinderates und der Verwaltung, aber auch ganz persönlich, wünsche ich ein erfolgreiches Jahr 2011. Gott erhalte Ihnen Ihre Gesundheit!
Prosit Neujahr !

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.